

29.11.2022

## Wird Politik-Verbot im Jugendhaus gekippt?

### Breites Bündnis macht sich in Pinneberg heute für Änderung der geltenden Regelung stark



Der Vorsitzende des Kinder- und Jugendbeirats KJB, Lukas Hundt (links), zeigt ebenfalls nur wenig Verständnis für das noch bestehende Verbot. Für den Gymnasiasten steht insbesondere ein Haus wie das GSH mit den Namen der Geschwister Scholl für Demokratie und damit einen bunten Mix politischer Meinungsvielfalt. Natascha Thölen

Der Ausschuss Kultur, Sport und Jugend tagt heute. Beginn im Rathaus ist um 18.30 Uhr.

*Natascha Thölen*

Das nennt man wohl einen Etappensieg – auf einem Weg, etwas in Ordnung zu bringen, was in der Vergangenheit offenbar in eine falsche Richtung gelaufen ist. Denn dass das aktuell bestehende Verbot von politischer Betätigung Kinder und Jugendlicher in den kommunalen Jugendeinrichtungen der Stadt Pinneberg in keinerlei Einklang zu bringen ist, mit den Rechten der jungen Generation auf den Ausdruck ihrer freien Meinung, auf die Versammlungsfreiheit sowie mit den Zielen politischer Bildung in Schulen und offener Kinder- und Jugendarbeit – geschweige denn mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben“, für das sich die Kreisstadt kürzlich beworben hat –, darüber waren sich im großen Saal des Rathauses zumindest alle Anwesenden einig.

Die Initiative „Öffentliche Veranstaltung zum Tag der Befreiung 8. Mai“, vertreten durch deren

Sprecher Dieter Borchardt, hatte zusammen mit Carlotta Löbner von Fridays for Future Vertreter des Pinneberger Kinder- und Jugendbeirats (KJB), von Fridays for Future sowie Kommunalpolitiker zu einer Debatte zum Meinungs austausch und zu der weiteren Vorgehensweise eingeladen.

Einziger Makel der Veranstaltung: Von der Partei, die das Dilemma ausgelöst hatte, war niemand da. Sie hätten die CDU sogar zweimal eingeladen, aber keinerlei Reaktion erhalten, bedauerte Borchardt deshalb bei seiner Begrüßung. Für die SPD nahm Kai Vogel, für die FDP Olaf Klampe, für die Grünen und Unabhängigen Sandra Hollm und für das Bündnis 90/Die Grünen Frank Wegener teil.

#### Formalitäten – damit die Barriere hoch ist

An der Haltung der anderen Gäste änderte sich durch das Fernbleiben eines CDU-Vertreters dadurch nichts. Am Ende einigten sich die Anwesenden auf eine Resolution, in der sie sich verpflichteten, heute gemeinsam im Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend den Antrag zu stellen, dass das Verbot aufgehoben und die Benutzungsordnung für GSH, Komet und Club Nord dahingehend geändert werde.

Die Versammlung hat damit also genau das erreicht, was sich die Organisatoren von ihr erhofft hatten. Löbner hatte zuvor für die Anwesenden nochmal die aktuelle Verfahrensweise anschaulich beschrieben, wie sich Jugendliche im GSH politisch versammeln könnten. Denn das sei grundsätzlich möglich, auf Antrag bei der Bürgermeisterin.

Wie sie selbst jedoch mit ihren Mitstreitern von Fridays for Future erleben musste, sei der Weg mit viel Papierkram verbunden, bei dem sich die Jugendlichen vielen Fragen über ihre genauen Vorhaben ausgesetzt sahen. „Das fühlte sich nicht gut an“, brachte es Löbner auf den Punkt und habe daher nur wenig mit der Förderung aktiven politischen Handelns der jungen Generation zu tun.

Und genau darum gehe es, betonten auch Vogel und Hollm. Wenn Kinder und Jugendliche politisch aktiv werden sollten, müssten sie auch den entsprechenden Raum dazu bekommen. Schließlich brauche nach übereinstimmender Ansicht der anwesenden Kommunalpolitiker unsere überalternde Gesellschaft dringend politisch interessierten Nachwuchs, genau wie die Jugendlichen, die sich hier engagierten.

Über das Antifa-Café, an dem sich die aktuelle Situation ursprünglich entbrannt hatte, sagte Lukas

Hundt, dass er nur wenig Verständnis dafür aufbringen könne, dass es verboten wurde. „Die waren überhaupt nicht extrem“, stellte der KJB-Vorsitzende fest. Insbesondere ein Haus wie das GSH, das den Namen der Geschwister Scholl trage, sollte für einen bunten Mix politischer Meinungsvielfalt stehen, so Hundt weiter. Fridays for Future-Vorsitzender Noah Lacorn ergänzte, dass gerade Demokratie auf Antifaschismus aufgebaut sein müsse.

Für alle Beteiligten bleibt damit jetzt also, die nächste Etappe anzugehen und dabei eventuelle Zweifler zu überzeugen. Die besseren Argumente liegen sicherlich auf ihrer Seite.